

Blickpunkt Europa

Europapolitisches Magazin

Ausgabe 19 | Juli 2015



Fraktion der Progressiven Allianz der
Sozialdemokraten
im Europäischen Parlament



Nationale Steuerpraktiken transparent machen

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

pünktlich zur Sommerpause erhalten Sie noch einmal politische Lektüre. In dieser Ausgabe des Blickpunkt Europa geht es um aktuelle Entwicklungen in der EU-Flüchtlings- und Einwanderungspolitik, um Positionen des Europäischen Parlaments mit Blick auf die politische Lage in Ungarn und um einen Zwischenbericht aus dem Sonderausschuss zur Überprüfung von Steuerpraktiken in Europa.

Wie stets berichte ich zudem über Termine im Europäischen Parlament und vor Ort sowie über Besuchergruppen in Straßburg und Brüssel.

Ich wünsche eine spannende Lektüre und hoffentlich einen entspannten Sommerurlaub – egal ob weit weg oder einfach daheim.

Herzliche Grüße

Ihre Birgit Sippel

Steuerhinterziehung und -vermeidung nachhaltig bekämpfen

Im Zuge der Enthüllungen um die sogenannten Luxemburg-Leaks wurde bekannt, dass große Wirtschaftsprüfungsfirmen Konzerne dabei unterstützen, Steuerzahlungen in Europa teils drastisch zu senken. Im Rahmen eines Sonderausschusses des Europäischen Parlaments, der seit März dieses Jahres regelmäßig zusammentrifft, sollen umstrittene Steuerpraktiken in Luxemburg und anderen Mitgliedstaaten geprüft werden. Ziel muss es sein, Steuervermeidung nachhaltig einzudämmen. Im europäischen Binnenmarkt muss stets ein fairer Wettbewerb zwischen den Mitgliedstaaten herrschen. Das heißt, es darf kein illegitimes Steuerdumping in den Mitgliedstaaten geben.

Illegitime Steuerpraktiken müssen systematisch aufgedeckt werden. Daher fordern die Sozialdemokraten, dass investigative Journalisten, die im Dienste der Allgemeinheit Missstände aufdecken, EU-weit rechtlich geschützt werden müssen. Dafür haben wir uns im Rahmen des Sonderausschusses eingesetzt und die Erarbeitung eines entsprechenden Vorschlags seitens der EU-Kommission für einen rechtlichen Rahmen zum Schutz von Journalisten und Informanten eingefordert. Im Zuge der Lux-Leaks-Affäre wurden Journalisten für die Weitergabe von gestohlenen Informationen strafrechtlich verfolgt.



Vertreter des Ausschusses kamen mit Verantwortlichen aus Belgien, Luxemburg, der Schweiz, Irland, der Niederlande und Großbritannien ins Gespräch. Leider besteht seitens der Verantwortlichen der Länder kaum Unrechtsbewusstsein, schließlich seien die maßgeschneiderten Steuersparmodelle für Unternehmen ja nicht „illegal“.

Die EU-Kommission hat Vorschläge für einen verbindlichen Informationsaustausch zwischen Steuerbehörden über sogenannte „Steuervorbescheide“, die u. a. durch die Lux-Leaks-Affäre ans Licht kamen, sowie die Einführung einer einheitlichen Bemessungsgrundlage für die Körperschaftsteuer vorgeschlagen. Um die teilweise bewusst geschaffenen Schlupflöcher in den nationalen Steuergesetzgebungen zu schließen, ist eine solche EU-einheitliche Steuerbemessungsgrundlage unabdingbar. In einem zweiten Schritt müssen dann angemessene Mindeststeuersätze folgen. Staatlich organisierte Steuervermeidung muss konsequent aufgedeckt werden. Sie darf nicht lediglich „illegitim“ sein, sondern muss „illegal“ werden!

Ungarn: Demokratische Werte müssen gewahrt werden!

Die Lage in Ungarn war bereits Thema in früheren Ausgaben meines Infomagazins. Neueste Entwicklungen und Äußerungen des rechtskonservativen Ministerpräsidenten Victor Orbán gaben Mitte Juni Anlass für eine Resolution des Europäischen Parlaments, die diese Entwicklungen verurteilt und ein Eingreifen von EU-Kommission und Rat anmahnt. Die EntschlieÙung, die am 10. Juni 2015 von einer Mehrheit der Europaabgeordneten angenommen wurde, kritisiert u. a. die Äußerungen Orbáns zu einer möglichen Wiedereinführung der Todesstrafe. Orbán hatte zunächst erklärt, dass eine öffentliche Debatte über die Todesstrafe notwendig sei und später gesagt, dass die Entscheidung über eine Wiedereinführung der Todesstrafe in den Zuständigkeitsbereich der Mitgliedstaaten falle solle.

Mit weiteren Aktionen wie einem Fragebogen zu Migration und Terrorismus und einer ausländerfeindlichen Plakatkampagne der Regierung mit Aussagen wie „Wenn Du nach Ungarn kommst, darfst Du den Ungarn nicht die Jobs wegnehmen“ sollen Vorurteile bei den Bürgerinnen und Bürgern geschürt werden. Denn Orbáns Motiv scheint klar: Er will Punkte gutmachen gegenüber der rechtsradikalen Partei Jobbik. Eine untaugliche Strategie!

Orbáns Äußerungen zur Wiedereinführung der Todesstrafe sind für die Europaabgeordneten nicht hinnehmbar. Sie schaffen eine Atmosphäre der Angst und der Ressentiments, die eine echte Gefahr für Demokratie und Freiheitsrechte darstellen – unabhängig davon, ob eine Wiedereinführung tatsächlich geplant ist. Ein Regierungschef hat für die Grundwerte der EU einzustehen und darf diese nicht in Frage stellen!

In seiner Resolution kritisiert das Europäische Parlament zudem die öffentliche Befragung der Bürgerinnen und Bürger durch die

Regierung, bei der eine Verbindung zwischen Zuwanderung und Terrorismus suggeriert wird. Hier wird bewusst mit Vorurteilen gespielt, insbesondere in Kombination mit der ausländerfeindlichen Plakatkampagne. Zudem missachtet die Fragebogenaktion Datenschutzvorschriften, indem im Online-Fragebogen auch personenbezogene Daten abgegeben werden müssen, sodass die politischen Ansichten eines Einzelnen offen dargestellt werden.

Als S&D-Fraktion hätten wir uns ein entschiedeneres Eintreten gegen die Entwicklungen in Ungarn auch von Seiten der Konservativen gewünscht. Doch diese haben den ursprünglich gemeinsam verfassten Text aller Fraktionen torpediert und versucht, wichtige Passagen zu verwässern. Im mehrheitlich konservativ geprägten Rat hat es dazu noch gar keine Stellungnahme gegeben. Ein Armutszeugnis! Es ist Zeit, dass auch der Rat endlich handelt! Dazu fordern die Europaabgeordneten die Mitgliedstaaten in ihrer Resolution mit Nachdruck auf.

Zudem fordern wir von der EU-Kommission, jetzt unverzüglich einen Überwachungsprozess zur Lage der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Ungarn in Gang zu bringen. Orbán und seine Regierung müssen wissen, dass wir die politischen Entwicklungen in seinem Land unter ständiger Beobachtung haben. Nach Willen des EU-Parlaments soll die Kommission einen Vorschlag zur Einrichtung eines ständigen Mechanismus für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte unterbreiten, als Instrument zur Einhaltung und Durchsetzung der EU-Charta der Grundrechte und der EU-Verträge in allen Mitgliedstaaten. Hierzu soll es eine jährliche Bewertung der Lage geben. Die Einhaltung der Grundrechte und die Wahrung der Rechtsstaatlichkeit müssen immer und überall in der EU gelten.

Besucher im Parlament

In den kommenden Monaten stehen mehrere Besucherfahrten an. Bürgerinnen und Bürger aus Südwestfalen reisen nach Brüssel oder StraÙburg, um sich bei einem Besuch im Europäischen Parlament über meine Arbeit als Abgeordnete sowie aktuelle europapolitische Themen zu informieren.

Eine Gruppe von Seniorinnen und Senioren der IG Metall Märkischer Kreis wird mich im Oktober in Brüssel besuchen. Im November reist eine Gruppe Jugendlicher der Organisation Ev. Schülerinnen- und Schülerarbeit in Westfalen e. V. aus Hagen-Berchum an.

Im September werde ich eine Gruppe der DGB-Seniorinnen und -Senioren aus den Kreisen Paderborn und Höxter im StraÙburger Parlament begrüßen. Anfang Oktober kommt zudem eine Gruppe der SPD-Ratsfraktion Burbach nach StraÙburg, um sich über die Arbeit ‚ihrer‘ Europaabgeordneten, des Europäischen Parlaments und weiterer EU-Institutionen zu informieren.

Ende November biete ich eine Fahrt mit Besucherinnen und Besuchern aus dem Kreis Olpe nach StraÙburg an. Diese Fahrt ist allerdings schon seit längerer Zeit ausgebucht. An dieser Stelle werde ich weiterhin über geplante Besucherfahrten informieren.



Für einen umfassenden Ansatz in der europäischen Asyl- und Zuwanderungspolitik

Mitte April sind bei dem bisher größten bekannten Schiffsunglück im Mittelmeer schätzungsweise 800 Menschen vor der libyschen Küste ertrunken. Das darf sich nicht wiederholen! Wir brauchen endlich eine verantwortungsvolle Asyl- und Einwanderungspolitik für Europa.

Die Europäischen Sozialdemokraten setzen sich daher schon seit Langem für die Schaffung sicherer und legaler Wege nach Europa sowie für eine bessere Verteilung der Flüchtlinge auf die einzelnen Mitgliedstaaten ein. Nun hat auch die Europäische Kommission reagiert: Mitte Mai hat sie ihre Europäische Migrationsagenda vorgeschlagen.

Die Agenda der Kommission sieht u. a. einen neuen Verteilungsschlüssel für Flüchtlinge vor. Konkret wird vorgeschlagen, zunächst 40.000 Flüchtlinge aus Italien und Griechenland in andere europäische Mitgliedstaaten umzusiedeln („relocation“). Ein erster Schritt in die richtige Richtung! Allerdings sollte eine solche Weiterverteilung von Flüchtlingen nicht nur aus Griechenland und Italien erfolgen, sondern künftig für alle Mitgliedstaaten gelten, die eine starke Zunahme von Flüchtlingen aufweisen und weitere Kriterien erfüllen.

Alle europäischen Länder müssen an einem Strang ziehen, niemand darf sich rausreden! Das Europäische Parlament hat sich daher Ende April in einer Resolution mehrheitlich für eine verbindliche Verteilungsquote ausgesprochen. Nach Kommission und Parlament sind jetzt die Mitgliedstaaten am Zug: Wir brauchen ein Engagement aller Länder – alle müssen sich bereit erklären, Flüchtlinge aufzunehmen. Schließlich schaffen wir durch eine bessere Verteilung auch eine bessere Akzeptanz für die Flüchtlinge in Europa. Die Mitgliedstaaten verweigern sich aber nach wie vor einer verbindlichen fairen Verteilung der Flüchtlinge. Beim EU-Gipfel am 25. Juni 2015 konnten sie sich lediglich auf eine freiwillige Verteilung der von der Kommission vorgeschlagenen 40.000 Flüchtlinge aus Griechenland und Italien einigen. Zudem will man vermehrt Flüchtlinge in die Erstaufnahmestaaten zu-



rückführen. Diese Lösung hilft niemanden und erst recht nicht den Staaten an den Außengrenzen! Stattdessen ist mehr Solidarität von allen Mitgliedstaaten gefragt.

Die Migrationsagenda der Kommission sieht auch ein Programm zur Neuansiedlung von einmalig 20.000 Flüchtlingen aus Lagern außerhalb der EU vor („resettlement“), wobei die Aufnahme durch die Mitgliedstaaten freiwillig erfolgen soll. Als S&D-Fraktion fordern wir weitere Maßnahmen für sichere, legale Wege nach Europa, z. B. durch Nutzung schon bestehender Maßnahmen wie humanitäre Visa und Neuansiedlung („resettlement“). Dabei muss klar sein: Menschen, die vor Krieg und Verfolgung fliehen, haben ein Anrecht auf unseren Schutz. Und sie haben ein Recht darauf, dass ihnen dieser Schutz in allen Mitgliedstaaten gewährt wird. Schließlich hat sich die Union der Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Wahrung der Menschenrechte verschrieben. Kein Mitgliedstaat darf sich daher bei der Aufnahme von Flüchtlingen herausreden.

Auf der anderen Seite kommen Menschen zu uns, die nicht politisch verfolgt werden, aber vor bitterer Armut fliehen und bei uns arbeiten wollen. Gerade vor dem Hintergrund des demografischen Wandels müssen wir diesen sichere Wege nach Europa ermöglichen, die über das bisher bestehende Angebot wie die Blaue Karte EU für Hochqualifizierte und die Richtlinie für Saisonarbeiter hinausgehen. Längst besteht eine Nachfrage nach Arbeitskräften für unterschiedliche Branchen und Berufe einschließlich Auszubildender. Sogenannte

zirkuläre Migration, die den vorübergehenden Zugang zum europäischen Arbeitsmarkt ermöglicht, ohne auf Dauer Fachkräfte aus den Herkunftsstaaten abziehen, kann ein weiterer Bestandteil erfolgreicher Zuwanderungspolitik sein.

Sichere, legale Wege nach Europa schaffen statt uns weiter abzuschotten, gemeinsam handeln, statt in nationale Egoismen zu verfallen: Darum geht es bei einer verantwortlicheren europäischen Flüchtlings- und Einwanderungspolitik. Die Mitgliedstaaten sind noch weit davon entfernt: Bisher gibt es lediglich einen Beschluss für einen Militäreinsatz gegen kriminelle Schlepper. Ohne sichere Wege nach Europa und in alle Mitgliedstaaten zu organisieren, richtet sich eine solche Maßnahme aber direkt auch gegen die Flüchtlinge.

Zudem brauchen wir mehr Investitionen in Entwicklungspolitik, um Fluchtursachen zu bekämpfen und Menschen in ihren Heimatstaaten langfristig bessere Perspektiven zu bieten. Bisher investieren nur fünf Länder 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts in Entwicklungshilfe – Deutschland ist nicht dabei. Daneben müssen wir die Förderung von Grund- und Menschenrechten sowie demokratischen Strukturen in den Entwicklungsländern unterstützen.

Nur wenn wir uns auf unsere gemeinsamen europäischen Werte besinnen und alle Mitgliedstaaten füreinander eintreten und an einem Strang ziehen, können wir eine bestmögliche Integration von Flüchtlingen und MigrantInnen und eine nachhaltige europäische Entwicklungspolitik schaffen.

Termine im Europäischen Parlament und vor Ort

In den vergangenen Wochen habe ich wieder verschiedene Schulen besucht, um mit SchülerInnen über meine Arbeit als Abgeordnete, die EU und aktuelle europapolitische Themen zu diskutieren. Rund um den diesjährigen Europatag Anfang Mai fanden Besuche am Benediktiner-gymnasium Meschede, an den Schulen der Brede in Brakel sowie am Aldegrever-gymnasium in Soest statt. Der Europatag in Soest wurde in diesem Jahr mit allen vier Europaschulen aus dem Kreis Soest gemeinsam begangen. Diese Europaschu- len haben ein bisher NRW-weit einma- liges kreisweites Netzwerk gegründet, das sie mir jetzt vorstellten. Schülerinnen und Schüler des Ostendorf-Gymnasiums in Lippstadt simulierten die politischen Abläufe im Europäischen Parlament und schlüpften dabei in die Rolle von Europa- abgeordneten. In diesem Rahmen kamen sie auch mit mir ins Gespräch.

Die EU-Flüchtlings- und Asylpolitik stand im Mittelpunkt verschiedener Veranstaltungen, zu denen ich als Referentin gela- den war, z. B. in Wickede (Ruhr) und in der Stadt Unna, die im Rahmen der dortigen Europawoche stattfand. Um Flucht und die Bekämpfung von Fluchtursachen ging es auch bei einer Veranstaltung zum dies- jährigen Europäischen Jahr für Entwick- lung in Pfaffenhofen a. d. Ilm, auf Einla- dung meiner Kollegin Maria Noichl. Bei einer Veranstaltung der Europa-Union Leverkusen sowie im Bayerischen Land-



tag ging es ebenfalls um aktuelle Entwick- lungen zur Flüchtlingspolitik in Europa. Im Rahmen einer Expertenkonferenz Ende Juni in Brüssel tauschten sich die Teilneh- merInnen über Lösungen für eine bessere Integration von Flüchtlingen aus. Bei einem Gespräch beim Jugendmigrationsdienst in Lippstadt ging es um die Situation der Flüchtlinge in Bulgarien. Mitte Juni habe ich zudem die Landeseinrichtung in Wickede- Wimbern besucht, um mich zusammen mit meinen Mitarbeiterinnen aus Brüssel und Soest über die aktuelle Unterbringungs- situation vor Ort zu informieren.

EU und Kommunen gestalten Zukunft ge- meinsam und stellen sich aktuellen Her- ausforderungen: Darum ging es bei ver- schiedenen Terminen in Meschede. Nach einem Rundgang entlang des im Zuge

des Regionale-Projekts „WissenWasser- Wandel“ freigelegten Henne-Flusses und einem Gespräch zu LEADER-Projekten in der Region folgte eine Abendveranstal- tung. Diskutiert wurde über aktuelle eu- ropäische und kommunale Herausforde- rungen sowie Fördermöglichkeiten des Landes und der EU. Die EU-Förderpolitik und Entwicklungspotentiale von Kommu- ne und Region stehen zudem im Mittel- punkt eines Politischen Frühstücks am 18. Juli in Sundern.

Mit Blick auf meine Arbeit als Innenpoli- tikerin plane ich Mitte August verschie- dene Besuchstermine in NRW, u. a. bei einem Hersteller für Drohnen-Techno- logie in Siegen-Wittgenstein und der Bundespolizeistation am Dortmunder Flughafen.

Impressum

Verantwortlich

Birgit Sippel MdEP · Ulricherstraße 26 · 59494 Soest
Telefon: 02921 364738 · europa@birgit-sippel.de · www.birgit-sippel.de
www.facebook.com/BirgitSippel · www.twitter.com/BirgitSippelMEP

Redaktion

Europabüro Birgit Sippel

Satz

ensemble»design, Soest/München

Fotos

Europabüro Birgit Sippel · European Parliament / Audiovisual Services for Media · Sören Duschek, Nordwestfilm · www.istockphoto.de (poco_bw)

